

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend „Aufhebung der Sanktionen gegen Russland“, eingebracht in der Generaldebatte zum Rechnungsabschluss 2021 am 27. Juni 2022 zu Post 1

---

Die Wertschöpfungsketten von europäischen Unternehmen wuchsen bis zu Corona tief hinein in alle Welt, Lieferanten sollten möglichst gute Produkte möglichst günstig herstellen. Wenn die Transportkosten passten, saß der beste Lieferant nicht nebenan oder im Nachbarland, sondern tausende Kilometer entfernt in Ostasien, Afrika oder Südamerika. Aber schwache Glieder in den Lieferketten machen sich irgendwann bemerkbar. Zum Beispiel dann, wenn Russland und die Ukraine Krieg führen und dafür harte westliche Sanktionen verhängt werden. "Ich war überrascht, welche Rolle Russland und die Ukraine in unseren Lieferketten spielen", sagt Dieter Siegel Chef des österreichischen Feuerwehrgeräte-Herstellers Rosenbauer: "Wir lassen etwa Schutz-ausrüstung in der Slowakei schneiden. Unsere Partner haben ein Subunternehmen in der Ukraine, und dieses bestimmt die ganze Lieferkette. Damit hatten wir nicht gerechnet." Die Liste lässt sich fortführen. Autoreifen etwa sind um 70 Prozent teurer geworden, weil Ruß darin steckt, der aus Russland kommt. Den Herstellern von Lkw fehlen derzeit Kabel, weil die bisher zu großen Teilen aus der Ukraine kamen.

Welche politischen Risiken in den weltweiten Lieferketten schlummern, wurde auch vor dem russischen Einmarsch deutlich, die Corona-Pandemie hat sie offenbart. Zu Lieferengpässen kam es auch deshalb, weil die Nachfrage sehr schnell wieder auf Vorkrisenniveau geschneit ist, sich aufgrund von Beschränkungen etwa im Tourismus aber stärker in Richtung dauerhafter Konsumgüter verschoben hat. Lockdowns in Ostasien, besonders in den Industriezentren und Häfen Chinas, haben nicht unwesentlich zur Verschärfung der Lage beigetragen. Zeitweise standen in der Automobilindustrie etwa ganze Produktionslinien still, weil Halbleiter fehlten. Auf dem Sekundärmarkt kosteten Chips teilweise das 30-Fache.

Die Liste der Abhängigkeiten geht weiter: Im Frühjahr 2021 lief im Suezkanal ein Schiff auf Grund und offenbarte, wie abhängig Transportwege von einzelnen Nadelöhren sind. Zu Beginn der Pandemie war medizinische Schutz-ausrüstung knapp, die Nachfrage explodierte, die Produktion war in Ostasien konzentriert. Schmerzhaft ist freilich Europas Abhängigkeit von fossiler Energie aus Russland; und die Abhängigkeit des Nahen Ostens von Getreide aus der Schwarzmeerregion, die als Exporteur heuer zu großen Teilen ausfällt.

Die EU hat lange Zeit sehr vom Handel mit Russland und China profitiert und sich in eine große Abhängigkeit begeben. Im Hinblick auf Russland sind die Abhängigkeiten besonders bei Energie groß, aber auch bei Rohstoffen wie Nickel.

Die Großhandelspreise bei Strom und Gas sind unter anderem infolge der Sanktionspolitik gegen Russland massiv gestiegen. Der Österreichische Strompreisindex (ÖSPI) für März 2022 liegt um 139 Prozent höher als im Vergleichszeitraum vor einem Jahr, der Österreichische Gaspreisindex (ÖGPI) liegt mit Februar 2022 sogar um

unglaubliche 493 Prozent höher und steigt weiter. Die Treibstoffe Diesel und Superbenzin kosteten im Dezember 2021 im Vergleich zum Vorjahr etwa um ein Drittel mehr (plus 33,9 Prozent bei Diesel; plus 31,3 Prozent bei Super). Beim Heizen erlebten die Konsumenten ebenfalls einen enormen Preisanstieg. Im Dezember 2021 musste man für Heizöl im Vergleich zu Dezember 2020 um 44,3 Prozent mehr bezahlen. Von Öl bis feste Brennstoffe und Strom stieg der Energiepreisindex (EPI) im letzten Jahr um 24,1 Prozent, also etwa um ein Viertel. Diese Preissteigerungen gehen nun unvermindert weiter in die Höhe und es wird für breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr möglich, diese Kosten zu bedecken, ohne ihre Existenz zu gefährden. Ein von der EU angestrebtes Öl und Gasembargo gegen Russland wird die Situation weiter verschärfen.

Die Folgen dieser Sanktionen vor dem Hintergrund der „Staatsfinanzierung aus der Notenpresse“, gestörter Lieferketten infolge der Pandemie, einem vermeintlichen Konflikt zwischen China und Taiwan und anfälligen Engpässen wie dem Suezkanal schaden nicht nur der österreichischen Wirtschaft, sondern treiben die Inflation in ungeahnte Höhen. Die Gefahr einer Stagflation oder gar Rezession ist besonders hoch. Auf der anderen Seite reichen Sanktionen nicht aus, den Krieg zu stoppen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Beendigung der Russlandsanktionen aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.